



Blüm: Mobilfunk-Entscheidung des Bundeskabinetts bringt mehr als 1000 neue Arbeitsplätze in NRW

„Hervorragende Perspektiven für das Land Nordrhein-Westfalen in einem der innovativsten und wachstumsstärksten Dienstleistungsbetriebe.“

Mit diesen Worten begrüßte der Landesvorsitzende der Christlich Demokratischen Union Nordrhein-Westfalen, Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm, die Entscheidung von Postminister Dr. Schwarz-Schilling, die Lizenz für den Betrieb des zweiten Mobilfunknetzes (D2-Netz) an das Konsortium Mannesmann Mobilfunk zu geben.

„Wieder einmal schafft der Bund Hunderte von neuen Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen. Die Hauptverwaltung der Betreibergesellschaft wird in Düsseldorf sein, wo etwa 600 zukunftsorientierte, sichere Arbeitsplätze entstehen. Darüber hinaus besteht die Absicht, auch eine regionale Niederlassung in Nordrhein-Westfalen anzusiedeln, womit weitere 400 bis 500 Arbeitsplätze geschaffen würden.“

Blüm: „Mit dieser Entscheidung wird wieder ein wichtiger strukturpolitischer Beitrag des Bundes für NRW geleistet. Ein Montanunternehmen erschließt sich die Zukunft. Mannesmann befindet sich mitten im Umstrukturierungsprozeß vom Montanunternehmen zum Technologiekonzern.“

Der CDU-Landesvorsitzende wies zudem besonders darauf hin, daß mit Mannesmann das Konsortium der Spitzengruppe ausgewählt sei, das die breiteste Beteiligung des Mittelstandes aufweise. Dies

gelte nicht nur für das Konsortium selbst, sondern auch für das Vertriebssystem des Mobilfunknetzes, das bei Mannesmann praktisch zu 80 Prozent durch eigenständige und mittelständische Unternehmen abgewickelt wird. „Insofern auch ein guter Tag für unseren Mittelstand.“

„Als Fazit kann man festhalten: Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist die Entscheidung pro Mannesmann die beste Lösung. Sie ist eine Entscheidung für unser Land Nordrhein-Westfalen.“

Ihr Gewinn durch die Steuerreform

In einer handlichen Tabelle hat die Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen jetzt aufgelistet, welchen Nettovorteil Arbeitnehmer durch die Steuerreform erzielen.

In Modellrechnungen hat die Wirtschaftsvereinigung den Gewinn durch die Steuerreform anhand von vier unterschiedlichen Steuerklassen und von Bruttogehältern von 2000,— bis 10000,— DM aufgelistet.

Die Tabelle kann bei der Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen, Heinrich-Köppler-Haus, Wasserstraße 5, 4000 Düsseldorf 1, kostenlos angefordert werden.

Klose bittet Modrow um Freilassung der politischen Häftlinge

Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose hat sich in einem Brief an DDR-Ministerpräsident Hans Modrow für die Freilassung der politischen Häftlinge in der DDR eingesetzt. Klose, der 1956 selbst im Zuchthaus Brandenburg inhaftiert war, erinnerte in seinem Brief an Modrow an ein ähnliches Ersuchen, das er 1987 an den damaligen Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker gerichtet habe. Klose ist von der CDU NRW zum Koordinator für die vielfältigen deutsch-deutschen Aufgaben bestellt worden. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, hiermit wende ich mich mit einer Bitte an Sie.

Aus Berichten der Presse in der Bundesrepublik Deutschland habe ich entnommen, daß sich in den Haftanstalten der DDR immer noch zahlreiche Gefangene befinden, die aufgrund politischer Straftatbestände verurteilt worden sind.

Anlässlich des Besuches des früheren Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Herrn Erich Honecker, in Düsseldorf im September 1987, habe ich diesen gebeten, die politischen Gefangenen freizulassen und ihnen die Ausreise in die Bundesrepublik zu ermöglichen. Ich habe dabei darauf hingewiesen, daß uns insoweit ein gemeinsames Schicksal verbindet, als er zehn Jahre unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft im Zuchthaus Brandenburg inhaftiert war und ich einen Teil einer vom Bezirksgericht Potsdam, im Jahre 1956 verhängten Freiheitsstrafe, in der selben Strafanstalt verbüßt habe.

Herr Honecker hat damals erklärt, im Rahmen der vorgesehenen Amnestie wer-

den alle Urteile überprüft. Auch könne jeder der Entlassenen frei entscheiden, ob er die DDR verlassen wolle. Soweit mir bekannt geworden ist, sind viele Strafgefangene durch die Amnestie entlassen worden und haben in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen können.

Ich richte die herzliche und dringliche Bitte an Sie, die Freilassung der aus politischen Gründen Verurteilten unverzüglich zu veranlassen.“

6 Vorschläge für mehr Arbeitsplätze

Vorschlag der Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW

Eine Absenkung der Steuertarife für die Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und die Betriebsvermögenssteuer sowie eine Abschaffung der investitionsfeindlichen Gewerbesteuer fordert die Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen. Die Tarife sollen abgesenkt werden auf das Niveau der wichtigsten europäischen Partnerländer. Dies sei wichtig im Hinblick auf den gemeinsamen Markt und die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der bundesdeutschen Unternehmen. Zur steuerlichen Entlastung der kosten- und steuerintensiven Arbeitsplätze hat die Wirtschaftsvereinigung 6 Vorschläge vorbereitet, die in einem ausführlichen Papier jetzt vorgelegt werden. **Dieses Papier kann bei der Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen, Heinrich-Köppler-Haus, Wasserstraße 5, 4000 Düsseldorf 1, kostenlos angefordert werden.**

Linssen: Der Sozialismus ist gescheitert

Die SPD muß endlich Abschied nehmen von ihrem machtpolitischen Opportunismus in der Deutschlandpolitik

Auszüge aus der Rede des Generalsekretärs der CDU NRW, Dr. Helmut Linssen, vom 17. 12. 1989 in der Haushaltsdebatte des nordrhein-westfälischen Landtages:

45 Jahre Mauer und Stacheldraht, Grenzbefestigung und Todesstreifen, sie haben dem **Freiheitswillen der Deutschen** nicht standhalten können.

Hin- und hergerissen, hin- und herdiskutierend hat die SPD in der deutschlandpolitischen Debatte alles erkennen lassen, nur keine gemeinsame Linie. **Mal hier, mal da, mal anderswo, meist irgendwo im Nirgendwo, das ist der Kurs der Sozialdemokraten in der Deutschlandpolitik. Man meint, die ganze SPD sei bei Johannes Rau in die Schule gegangen.**

Das Ganze begann damit, daß sich die SPD jahrelang nur mit der SED an einen Tisch setzte und die Oppositionsgruppen mit Geringschätzung strafte. Stabilisierung der bestehenden Nachkriegsverhältnisse durch Freundlichkeit zu den Unterdrückten statt Verbrüderung mit den Unterdrückten, das war das Ziel ihrer Politik.

Machtpolitische Opportunitäten statt einer Politik mit moralischen Ansprüchen. So hat es auch Freya Klier, die bekannte Theaterregisseurin, gesehen, die 1988 aus der DDR ausgebürgert wurde.

Sie schreibt in ihrem „Abreißkalender“ über den 7. bis 9. Mai 1987: **„Am unbegreiflichsten ist mir die Haltung der SPD,**

einer Partei, der ich im Grunde nahe stehe. Sie glorifiziert regelrecht die Taktik der SED, nach außen auf Frieden zu machen, um im Lande nichts verändern zu müssen. Die Situation in der DDR wird einfach nicht mehr zur Kenntnis genommen.“

Und wenig später zum SED/SPD-Papier „Der Streit der Ideologen und die gemeinsame Sicherheit“ vom 28. August 1987 schreibt Freya Klier: **„Als gäbe es nicht schon genug Papiere, die uns die Beine wegschlagen, nun also auch noch ein SED/SPD-Papier. (. . .)“**

Von diesem SED/SPD-Papier sagt Prof. Gesine Schwan, Mitglied der SPD, ergreifend kurz und bündig: „Eine Kritik des Kommunismus wird nicht geübt.“ Und wo man in diesen Tagen in der DDR beim Aufräumen ist, wo man Fehler der Vergangenheit aufarbeitet, frage ich Sie, warum sollte das nicht auch hierzulande möglich sein. Warum eigentlich sollte die SPD ihr gemeinsames Papier mit der SED nicht aufkündigen.

Ich fordere die SPD auf, ich fordere den stellvertretenden Parteivorsitzenden Rau auf, in seiner Partei dafür zu sorgen, daß dieses gemeinsame Papier endlich von seiten der SPD aufgekündigt wird.

Und offensichtlich gibt es Sozialdemokraten, die noch immer nicht von der Idee zweier Staatsbürgerschaften ablassen wollen. So ihr stellvertretender Vorsitzender Oskar Lafontaine, der sich die-

ser Tage einen miesen Sozial-Chauvinismus sondergleichen leistet, wenn er in Stammtischmanier unsere Landsleute in der DDR, ich sage es mal mit meinen Worten, von den gefüllten Sozialtöpfen der Bundesrepublik Deutschland abhalten will. **Wie verkommen muß eigentlich eine der besten Traditionen der Sozialdemokratie, nämlich das Gebot der Brüderlichkeit, des Teilens, sein, wenn nicht nur er aus billigen wahltaktischen Gründen platteste Neidgefühle und spießbürgerliches Besitzstandsdenken dagegen mobilisiert? Lafontaine jedenfalls hat sich inzwischen die Ehrenmitgliedschaft bei den Republikanern — weiß Gott — verdient.**

Was ist das für eine SPD, die jahrelang vor der Verelendung der Bundesrepublik Deutschland durch die von Helmut Kohl geführte Bundesrepublik glauben warnen zu müssen und jetzt unseren Landsleuten aus der DDR brüsk die Tür weisen will.

Entweder sind wir so arm, wie uns die SPD jahrelang eingeredet hat, dann können wir unseren Landsleuten nicht helfen, oder unser Sozialsystem ist so gut ausgebaut wie ich glaube, daß es der Fall ist, dann haben wir die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, es unseren Landsleuten aus der DDR nicht zu versperren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am 18. November erklärte Herr Rau auf dem Landesparteitag der SPD in Köln, in der DDR sei nicht der Sozialismus gescheitert, sondern eine ineffiziente Staats- und Wirtschaftsbürokratie. **Auch**

wenn Sie, Herr Rau, es noch nicht gemerkt haben sollten, die Menschen in Ost und West haben es längst begriffen. Und sie erwidern Ihnen, der Sozialismus ist gescheitert, der Sozialismus ist tot.

Selbst den demokratischen Sozialismus, jene von Ihnen bevorzugte Variante sozialistischen Denkens und Handelns, hat Günter Kunert in einem lesenswerten Beitrag als, so wörtlich, „längst mumifizierte Utopie“ entlarvt. Günter Kunert schreibt: „Solange der Traum vom demokratischen Sozialismus von unbeweisbaren Hypothesen zehrt, werden wir gewiß noch manchem Schlafwandler begegnen.“ **Guten Morgen, Herr Rau!**

Valentin Falin, der Deutschlandexperte des Kreml, hat in bemerkenswerter Aufrichtigkeit und mit überraschender Einsichtigkeit vor kurzem in einem Gespräch mit einem deutschen Besucher gesagt, was Sozialismus ist. Und dem braucht man gar nichts hinzuzufügen. Falin sagt: **„Sozialismus, das ist doch immer nur Krieg gegen das eigene Volk.“**

Ja, so ist es. Was hat denn der Sozialismus anderes zustande gebracht als eine neue Form feudaler Bonzenwirtschaft, als die Unterdrückung der Menschen, als ihre wirtschaftliche Verelendung.

Der vollständige Text der Rede kann kostenlos bezogen werden bei:
CDU Nordrhein-Westfalen
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Wasserstraße 5
4000 Düsseldorf 1